

Neuer Vorstand der Aschheimer SPD

Langjährige Ortsvereinsvorsitzende Carola Lampersberger übergibt Amt an Lilo Trausenecker-Poschenrieder



Lilo Trausenecker, Vorsitzende der SPD Aschheim/Dornach

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

„Gleiche Chancen für alle“ war das Ziel der SPD-Bildungspolitik zu Willy Brandts Zeiten.

Heute ist angesichts der sich vergrößernden sozialen Kluft ein neuerlicher Aufbruch in unserem chronisch unterfinanzierten Bildungssystem nötig. Unser wirtschaftlicher Wohlstand und die Stabilität unserer Demokratie hängen davon ab, ob es uns gelingt, jedes Kind entsprechend seiner Begabung und Motivation zu fördern.

Aktuell gefährden die Entscheidungen der schwarz-gelben Bundesregierung und die von der CSU verschuldete Katastrophe der Bayerischen Landesbank nicht nur den Bayer. Bildungshaushalt, sondern auch die Fähigkeit der Kommunen, die Bildungsinstitutionen ausreichend zu unterstützen. Und das wird sich sehr wohl auch auf Aschheim auswirken!

Deswegen haben wir entschieden, die Bildung in den Mittelpunkt unseres Roten Löwen zu stellen. Gleichzeitig möchte ich Ihnen unseren neuen Vorstand mit seinen vielen neuen und jungen Gesichtern vorstellen.

Ihre
Lilo Trausenecker



v. l.: Ingrid Lenz-Aktaş, Kreisrätin, Vorsitzende der SPD München-Land und Beisitzerin, Malte Kremser, 1. Schriftführer, Sebastian Lang, Juso-Vertreter, Lilo Trausenecker-Poschenrieder, 1. Vorsitzende, Paul Rühle, stellvertretender Vorsitzender, Helga Karl, stellvertretende Vorsitzende, Achim Jänsch, Kassier, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer MdL.

Nicht auf dem Bild sind der zweite Schriftführer Andreas Bichler und die Beisitzer Petra Alletter, Rudi Lenz, Rolf Lahne und die kraft Amtes im Vorstand vertretenen Gemeinderäte Carola Lampersberger und Reinhold Kemmer.

Was taugen die Hochschulreformen?

Die Bildungspolitik ist der erste Schwerpunkt der neuen Vorstandschaft des SPD-Ortsvereins Aschheim/Dornach. Dieser Rote Löwe ist deshalb ganz dem Thema Bildung gewidmet. Auch die erste öffentliche Veranstaltung unter der Regie der neuen Vorständler stand ganz unter diesem Motto:

Am 10. Februar 2010 diskutierte der SPD-Ortsverein mit Vertretern von Studierenden, Lehrenden und der Wirtschaft die aktuellen Hochschulreformen. Roman Schmid, ein Vertreter der protestierenden Studenten, konzentrierte sich auf die Finanzierung des Studiums. Nicht erst seit der Einführung der Studiengebühren sei mangelndes Geld ein Faktor, der sozial schlechter gestellte Schüler hindert,

nach dem Abitur zu studieren, denn weder BAföG noch Stipendien könnten etwas an dieser sozialen Ungerechtigkeit ändern. Florian Spirkel, Assistent

weiter auf Seite 2

Ja zum Atomausstieg!
Für Bayerns Zukunft! Keine Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke!



Unter www.atomausstieg.bayernspd-landtag.de können Sie sich bis zum 13. Juni online in die Petition der Landtags-SPD an den Bayerischen Landtag eintragen!



v. l.: Tobias Reuss, Florian Spirkl, Roman Schmid

an der TU München und Doktorand der Chemie, kritisierte das Modell der „unternehmerischen Hochschule“, wo zentrale Denkansätze schlicht falsch seien. So werde zwar der Student als Kunde und damit König dargestellt, doch letztlich könnten die Universitäten ihre Studenten auswählen. Und wichtige Entscheidungen könne der Universitätspräsident quasi im Alleingang fällen. Die Bologna-Reformen seien zwar im Ansatz gut, würden aber schlecht umgesetzt. Am schärfsten seien die vielen Prüfungen in einem kurzen Zeitraum zu kritisieren, die die Vorbereitungszeiten minimieren und nachhaltigem Lernen entgegenwirken, sowie unnötige Regelungen beim Übertritt von Bachelor- auf Masterstu-

diengang. Tobias Reuss als Vertreter der Wirtschaft beklagte die praxisferne Ausbildung an der Hochschule, deren Absolventen selten wüssten, was im Berufsleben auf sie zukommt. Unabdingbar für einen geglückten Berufseinstieg als Ingenieur ist es seiner Erfahrung nach „Auslandserfahrung, Methodenkompetenz und praktische Erfahrung beispielsweise durch ein Praktikum nachweisen zu können.“ In der anschließenden Diskussion kamen die Anwesenden zu dem Schluss, dass an den Universitäten der Wahl gegenüber dem Pflichtanteil erhöht werden müsse, die Anwesenheitspflicht unnötig und eine demokratische Mitbestimmung der Studenten anzustreben sei.

Malte Kremser

Schulnotstand im Landkreis

Weiterführende Schulen – also Schulen, die nach der Grundschulzeit als Alternative zur Hauptschule besucht werden – sind Aufgabe der Landkreise. Der Landkreis München erledigt diese Aufgabe seit Jahrzehnten zusammen mit den Gemeinden, mit denen er sich in sog. „Zweckverbänden“ organisiert hat. Klingt gut, da die Mit-Zuständigkeit meist zu besonderem Engagement für die „eigene“ Schule führt. Ist in Wirklichkeit aber oft schlecht, da jeder Zweckverband eine eigene Verwaltung hat, die eng mit dem nach dem Gesetz zuständigen Landratsamt zusammenarbeiten muss. Das macht Entscheidungsprozesse länger und komplizierter, als wenn der gesamte Schulsachverstand im Landratsamt konzentriert wäre. Außerdem hat die gemeinsame Zuständigkeit allzu oft zu endlosem

Gezerre über die Finanzierung notwendiger Sanierungsmaßnahmen geführt. Aktuelle Konsequenz ist, dass eine Reihe von Realschulen und Gymnasien in unserem Landkreis jahrelang so vernachlässigt wurden, dass sie von Grund auf saniert oder sogar abgerissen und neu gebaut werden müssen. Mit der gesplitteten Zuständigkeit umging Altlandrat Janik von der CSU auch eine Schulplanung, die den gesamten Landkreis im Blick hatte. Deshalb gibt es erst jetzt unter Landrätin Johanna Rumschöttel einen Schulbedarfsplan. Für mich ist es nicht verwunderlich, dass diesen Bedarf für ein weiteres Gymnasium in unserem Raum nachweist. Ich hoffe, dass die Konsequenz bald ein Schulneubau in Ismaning oder Unterföhring ist. Dann müsste auch das Kirchheimer Gymnasium nicht zu unüberschaubarer Größe wachsen, und unsere künftigen AbiturientInnen bekämen in einem Nachbarort möglicherweise einen ganz neuen Zweig geboten.

Ingrid Lenz-Aktaş, Kreisrätin

Grundschüler unter Druck

Das Bayerische Kultusministerium veröffentlichte am 22.7.2009 die neuen Übertrittsregelungen am Ende der Grundschulzeit. Demnach soll ein Richtwert von 22 Probearbeiten (je 5 in Mathematik/ Heimat- und Sachunterricht, 12 in Deutsch) in der vierten Jahrgangsstufe gelten, die am Schuljahresbeginn anzukündigen sind. Ferner sind mindestens vier Unterrichtswochen ohne Probearbeiten festgelegt. Diese Neuregelung erhöhe nach Darstellung von CSU-Kultusminister Spaenle die Bildungs- und Chancengleichheit.

Die neuen Regelungen stoßen auf großes Unverständnis bei den meisten GrundschullehrerInnen. Bislang konnte die Lehrkraft selbst festlegen, wie Leistungsnachweise zu bewerten sind. Die Gestaltung und Anzahl von Probearbeiten, Zeitdauer, Schwierigkeitsgrad sowie Notengebung waren wesentlicher Bestandteil der pädagogischen Verantwortung einer Lehrkraft. Die neuen Übertrittsregelungen lassen sich damit nicht in Einklang bringen.

Eine Festlegung auf vier probenfreie Wochen erhöht den Druck auf die SchülerInnen in den Probewochen. Zu den 22 Proben kommen noch die Proben in Musik, Religion, Kunst, Werken und Textiles Gestalten und Sport. Damit kommt es zu Probewochen mit mehr als zwei bzw. drei Notenfeststellungen.

Die Ankündigung von Probearbeiten erhöht den Druck auf jedes einzelne Kind. Es ist zu befürchten, dass Kinder gezielt auf diese Tage vorbereitet werden und nur noch für die Probe lernen. Dies steht dem Ziel nachhaltigen Lernens entgegen.

Diese Reform, die zu noch mehr Leistungsdruck auf neunjährige (!) Kinder geführt hat, verschleiert letztlich nur das Kernproblem der zu frühen Auslese.

Sabine Kremser

Lieber zocken, als in Bildung investieren



Natascha Kohnen,
Generalsekretärin der BayernSPD

Im bayerischen Haushalt klafft aktuell ein Finanzierungsloch von 4,5 Milliarden Euro. Es setzt sich zum einen zusammen aus den Belastungen durch Verluste der Bayerischen Landesbank. Hinzu kommen die Steuerausfälle, verursacht durch die Steuer-Geschenke der schwarz-gelben Koalition in Berlin.

Der ausgeglichene Haushalt in Bayern ist im Jahr 2010 eine reine Marketing-Maßnahme ohne Inhalt! Denn nahezu alles, was vom bayerischen Tafelsilber noch übrig war, wurde in der Stoiber-Ära verkauft, um sich da-

mals ein letztes Mal ohne Schulden präsentieren zu können.

Im vergangenen Jahr trat schließlich ein weiterer Wirtschafts-Skandal zutage: der Kauf der Kärntner Bank „Hypo Group Alpe Adria (HGAA)“ durch die Bayerische Landesbank, abgeschlossen im Mai 2007. Der 10-köpfige Verwaltungsrat der BayernLB mit 8 Verwaltungsräten der CSU und ohne Oppositionspolitiker stimmte dem Kauf übereilt und ohne gründliche Prüfung zu. Eine fatale Fehlinvestition! Der Kauf war restlos übersteuert: 3,75 Milliarden Euro der bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind verbrannt!

Was hätte man mit diesem Geld in Bayern verwirklichen können:

- Die nächsten 14 Jahre auf Studiengebühren verzichten!
- 5.000 Lehrer jährlich die nächsten 10 Jahre einstellen!
- 10 Jahre lang ein warmes Mittagessen finanzieren – und das für jede Schülerin und jeden Schüler.

Den größten Schaden hat jedoch eine wichtige Lebensader unserer Demokratie erlitten: das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die Politik.

Natascha Kohnen

Drangvolle Enge an der FOS

Die Fachoberschulen genießen große Beliebtheit, da sie Theorie und Praxis verbinden und mit Fachabitur, Fachgebundener und eventuell sogar Allgemeiner Hochschulreife einen Hochschulzugang ermöglichen. Seit Jahrzehnten bietet die FOS dabei vor allem auch gute Chancen für „Spätstarter“ unter den SchülerInnen oder für diejenigen, deren Biografien einige „Umwege“ aufweisen.

Die erfolgreiche Arbeit an den staatlichen und städtischen Fachoberschulen in Stadt und Landkreis München wird allerdings zunehmend durch eine vollkommene Überfüllung, verbundenen mit riesigen Klassen mit bis zu 35 SchülerInnen und einer Überbelastung der Lehrkräfte gefährdet. Der Landkreis München und seine SPD-Landrätin haben das Problem erkannt und deshalb die Einrichtung einer FOS im Landkreis beschlossen, als Ort hat sich Unterschleißheim angeboten.

Es ist dringend notwendig, dass das Projekt so schnell wie möglich realisiert wird, damit der derzeit unhaltbare Zustand zumindest ein wenig verbessert wird.

Lilo Trausenecker

Wir sind die Jusos!

Gerade in Zeiten, in denen die individuellen Freiheiten von Schülern und Studenten durch G-8 und Bologna-Prozess eingeengt werden, brauchen wir Jugendliche eine starke Stimme. Bei den Jusos engagieren sich deswegen junge Menschen zwischen 14 und 35 für Bildungschancen, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit.

Wir Jungen aus Aschheim wollen deswegen in enger Zusammenarbeit mit den Jusos aus Feldkirchen und Kirchheim-Heimstetten unseren eigenen Beitrag leisten, indem wir informieren, aber auch handeln. Anfang März beschlossen wir deshalb eine Juso-AG, die die Interessen der Jugend vor Ort vertritt. Wir wollen auch gleich tatkräftig werden und planen gerade spezielle Projekte, um Schüler und Rentner zu unterstützen.



Die aktiven Jusos in der Aschheimer SPD

Von links: Andreas Bichler, Sebastian Lang, Paul Rühle, Malte Kremser

Wenn du dich auch für ein chancenreiches Bildungssystem einsetzen möchtest oder für das Recht auf Ausbildungsplätze kämpfen willst, dann tritt uns doch bei. Die Juso-Mitglied-

schaft ist kostenfrei und ohne Bindungen. Also melde dich doch bei einem von uns und schau' einfach mal vorbei.

Sebastian Lang

Wie geht es weiter mit den Kindertagesstätten?

Das Geld in den Kommunen wird knapp. Vor allem bricht die Gewerbesteuer weg. Das hat uns die Finanzkrise beschert.

Obwohl man wusste, dass für den Bundeshaushalt 2010 eine nie da gewesene Rekordverschuldung vorgesehen ist, hat die schwarz-gelbe Bundesregierung unbedingt das Wachstumsbeschleunigungsgesetz noch vor Weihnachten durchgebracht. Dabei wurden mit immensen Geldversprechen für die Länderhaushalte die CDU/CSU-regierten Länder dazu verführt, der Bundeskanzlerin die Stange zu halten und damit Herrn Westerwelle zu befriedigen. Die Probleme der Städte und Gemeinden wurden dabei völlig außer Acht gelassen. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz (was für ein Name!) treibt die Kommunen in den Finanzkollaps. Das Geld fehlt an allen Ecken und Enden. Freunde bei den Wählern haben sich CDU/CSU und FDP damit nicht gemacht; die Mehrheit der Bundesbürger schüttelt darüber nur traurig den Kopf.

Auch in Aschheim muss der Gemeinderat in Zukunft zurückhaltender wirtschaften. Rosige Zeiten kommen auf uns nicht zu, das Geld wird knapp und die Aufgabenfülle nimmt zu. Denn ab 2013 haben Eltern Anspruch auf einen Betreuungsplatz auch für ihre ein- und zweijährigen Kinder. Die Gemeinde Aschheim plant zwar gerade die vierte Kinderbetreuungsstätte und hofft damit die steigende Nachfrage, vor allem an Krippenplätzen, zu befriedigen.

Umfragen ermitteln aber jetzt, dass sehr viel mehr Eltern einen Betreuungsplatz für ihr Kind ab dem ersten Lebensjahr wünschen. Der Bau weiterer Kitas wird unbedingt nötig sein.

Neben der finanziellen Frage gibt es aber noch ein völlig anderes Problem: Es fehlt ausreichend Nachwuchs an Erzieherinnen. Die Kommunen, allen voran die Landeshauptstadt München, stehen da in einem harten Konkurrenzkampf um das zusätzlich benötigte Personal. Die Stadt Mün-

chen zahlt ca. 10% über Tarif. Ernste Probleme, den Personalschlüssel für das gesetzlich vorgeschriebene Betreuungspersonal der schon bestehenden Kindergartengruppen vorzuhalten, gibt es bereits.

Es ist allgemein bekannt, dass die Gehälter des Kita-Personals nicht sehr hoch sind. Die Ausbildung für diese Berufe dauert fünf Jahre. Das Gesetz gilt ab 2013. Bis dahin sind es noch drei Jahre!

Rolf Lahne



Wir haben Sie erinnert!

SPD Aschheim/Dornach verteilte Flyer für das erfolgreiche Volksbegehren „Für echten Nichtraucherschutz“

Mit Unterstützung aus dem Bund Naturschutz haben wir Sie im November 2009 an die Eintragsfrist im Rathaus erinnert! Das Volksbegehren wurde in unserer Gemeinde von 15,31 % der Wahlberechtigten unterschrieben. Damit wurde der landesweite Durchschnitt von 13,9 % übertroffen.

Falls der Bayerische Landtag das Gesetz im Frühjahr ablehnt, was zu erwarten ist, wird im Sommer 2010 der entscheidende Volksentscheid stattfinden.

Auch daran werden wir Sie wieder rechtzeitig erinnern!

Lilo Trausenecker-Poschenrieder

Demokratie lebt vom Mitmachen!

Stehen Sie nicht daneben, mischen Sie sich ein!

- Ich möchte gern Mitglied der SPD Aschheim / Dornach werden und bitte um Zusendung einer Beitrittserklärung.
- Ich hätte gern nähere Informationen zum SPD Ortsverein.
- Schicken Sie mir bitte Einladungen zu Ihren öffentlichen Sitzungen und Veranstaltungen.

Name: Vorname:
 Straße: E-Mail:
 PLZ: Wohnort:
 Tel.: Fax:

Schicken Sie den ausgefüllten Coupon bitte an:

Achim Jänsch, SPD-Aschheim / Dornach
Alpenstraße 7, 85609 Aschheim

oder werfen Sie ihn in unseren Briefkasten am „Kulturellen Gebäude“, Eingang Münchner Straße 8

Nähere Infos auch im Internet unter: www.spd-aschheim.de

Impressum:

Ortsverein der
SPD Aschheim / Dornach
 Münchner Straße 8,
 85609 Aschheim
www.spd-aschheim.de

1. Vorsitzende:
 Lilo Trausenecker-Poschenrieder

Redaktion des roten Löwen
 Lilo Trausenecker-Poschenrieder
 Paul Rühle
 Ingrid Lenz-Aktaş

V.i.S.d.P.:
 Lilo Trausenecker-Poschenrieder
 Parkweg 1
 85609 Dornach

Druck:
 W.O.K. Kreuzer GmbH

**Besuchen Sie uns auch im Internet unter www.spd-aschheim.de.
 Hier finden Sie Hintergrundberichte zu Bildungsthemen.**

G8 – Schnellschuss auf Kosten der Schüler

In allen deutschen Bundesländern ist bereits der Umstieg vom neunjährigen auf das achtjährige Gymnasium beschlossen. In Bayern trat diese Regelung im Schuljahr 2004/05 in Kraft. Die Schüler, die zu dieser Zeit in der sechsten Klasse waren, sowie alle Jahrgänge nach ihnen sind von ihr betroffen.

Um trotz des wegfallenden Jahres noch den nötigen Stoff vermitteln zu können, einigten sich die Kultusminister der Länder weiterhin auf eine Jahreswochenstundenzahl von 265. Im Durchschnitt bedeutet das über 33 Wochenstunden anstatt knapp 30 (G9) pro Jahr. Wie diese verteilt werden, bleibt den Schulen überlassen. Damit jedoch die jüngeren Schüler nicht überlastet sind, fällt nicht selten die Entscheidung, in der Unterstufe die Stundenzahl gering zu halten – was aber gerne darin mündet, dass in den höheren Klassen der Stundenplan 36 Stunden aufweist, Wahlfächer nicht miteinbezogen. Dadurch ist Nachmittagsunterricht an mehreren Wochentagen nicht zu vermeiden.

Doch eine hohe Stundenzahl ist nicht die einzige Belastung: Es ist zu beobachten, dass Schüler des achtstufigen Gymnasiums wesentlich mehr Zeit mit Hausaufgaben und Lernen verbringen und auch häufiger ein Bedarf an Nachhilfe besteht. Die Freizeit der Schüler wird massiv beschnitten. Zusätzlich steht der Zeitaufwand in keinem Verhältnis zum Lerneffekt: Viele lernen nur noch für Schulaufgaben, ein nachhaltiges Lernen findet kaum mehr statt.

Ein weiteres Problem ist, dass in den Bundesländern nach und nach an der Schnittstelle zwischen G8 und G9 zwei Abiturjahrgänge gleichzeitig ihren Abschluss erreichen und sich damit der Andrang auf den Arbeitsmarkt und die Universitäten verdoppelt. In Bayern ist dies 2011 der Fall.

Grundsätzlich wäre das achtjährige Gymnasium nichts Verkehrtes, doch der Zeitpunkt war schlecht gewählt. Ein überarbeiteter Lehrplan hat gefehlt, teilweise musste auf G9-Schulbücher zurückgegriffen werden, da noch keine G8-Bücher vorhanden waren und viele Schulen sind mangels Mensa nicht für den häufigen Nachmittagsunterricht ausgestattet. Die Einführung des G8 war einfach zu früh und am unausgereiften System leiden nun die Schüler.

Malte Kremser, Schüler

Chancen für Ingenieure nach Bologna

Bei der Umsetzung des Bolognaprozesses wurden viele Entscheidungen getroffen, die nicht für eine berufsorientierte Ausbildung sprechen. Ich möchte hier kurz die aktuelle Situation für Ingenieure beschreiben und Tipps geben, wie man heute seine Chancen erhöhen kann, den gewünschten Jobeinstieg zu erreichen.

Was wird von Absolventen eines Ingenieurtechnischen Studiums erwartet und mit welchen Herausforderungen sind Absolventen im Zeitalter der Globalisierung konfrontiert?

Die Globalisierung bringt viele neue Anforderungen an die Ausbildung der Ingenieure mit sich, die meist im Lehrinhalt von Maschinenbau oder Fahrzeugtechnik noch keinen Einzug gefunden haben. Denn in welchen Fächern werden grundlegende Inhalte wie Internationalität, Methodenkompetenz und Praxisnähe unterrichtet? Hier sind also die Studenten selbst gefordert, sich das nötige Wissen und Erfahrung anzueignen.

Durch die Wirtschaftskrise ist der Bewerbermarkt im Vergleich zu den letzten Jahren deutlich angewachsen. Auch erfahrene Konstrukteure tun sich heute teilweise schwer, eine neue Stelle zu finden. Das liegt nicht zuletzt an den vielen Angeboten von Zeit- und Leiharbeitsfirmen und Designbüros aus Niedriglohnländern wie China und Indien, ohne die große Unternehmen heute kostenseitig fast keine konkurrenzfähigen Produkte mehr entwickeln können. Das macht den Jobeinstieg für Absolventen nicht gerade einfacher.

Welche Möglichkeiten bieten sich also, sich von der Masse abzuheben?

Im Studienplan für Bachelor und Master sind (zumindest an der Uni, die FH hat ein Praxissemester) keine Praktika mehr vorgesehen, die länger als 8 Wochen dauern. Das ist kaum ausreichend, um nach 6 Semestern gut vorbereitet in den Beruf einsteigen zu können oder bereits zu wissen in welche Richtung man sich orientieren möchte. Als Alternative bieten sich Masterstudiengänge an oder Praxiserfahrung im Praktikum zu sammeln.

Aufgrund der oben genannten Anforderungen an Absolventen sind Praktika und Auslandserfahrung nahezu unerlässlich für Berufseinsteiger; auch wenn sich hierdurch die Regelstudienzeit nicht mehr einhalten lässt.

Fazit:

Die Unternehmen wissen heute leider noch nicht, wie sie mit Bachelor- und Masterabschlüssen umgehen sollen. Auf Grund dieser Unerfahrenheit der Firmen sollten die Hochschulen deshalb reagieren und jedem Bachelorabsolventen den Zugang zum Masterstudiengang ermöglichen.

Tobias Reuss, Ingenieur für Luft- und Raumfahrt